

Annonce-Bureau:  
In Polen  
außer in der Erde  
in Przyski (G. H. Ulrich & Co.)  
Freiestraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Kriegerstr. 4;  
in Grätz bei Herrn L. Strisius  
in Frankfurt a. M.  
S. F. Haas & So.

# Pozener Zeitung.

## Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 275.

Das Unternehmen auf dieses täglich das Mal erscheinende Blatt beträgt vierfachjährlich für die Stadt Bogen 14 Thlr. pro Jahr. 24 Thlr. pro Tag. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 21. April  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Zu jeder 2 Uhr die geschafften Zeile oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

## Im Liches.

Berlin, 20. April. Der Progymn.-Dirig. Dr. Jacob Schrammen in Rheinbach ist zum Oberlehrer am Gymnasium in Heiligenstadt ernannt, die Lehrer Stolzenberg zu Bovena und Tosten zu Rohrkrug als Lehrer an das Schullehrer-Seminar zu Tondern berufen, der Rechtsanwalt und Notar Bindewald in Salzwedel zum Rechtsanwalt bei dem Appell.-Ger. zu Magdeburg unter Belassung des Notariats im Depart. derselben, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Magdeburg, ernannt worden.

## Telegraphische Nachrichten.

Wien, 20. April. Die „Wiener Abendpost“ konstatiert abweichen den Behauptungen gegenüber, daß die definitive Ernennung des Nunzios Jacobini erst erfolgt ist, nachdem eine deshalb vom päpstlichen Stuhle an den österreichischen Hof gerichtete Anfrage seitens des letzteren zustimmend beantwortet worden war.

Pest, 20. April. Die Delegationen des österreichischen Reichsraths und des ungarischen Reichstages sind heute eröffnet worden. Zum Präsidenten der österreichischen Delegation wurde Dr. Neubauer und zum Vorsitzenden der ungarischen Delegation Gorove gewählt. Beide Präsidenten betonten in ihrer Ansprache die Notwendigkeit, die Ausgaben so viel als möglich, und ohne die Wehrkraft des Landes zu beeinträchtigen, einzuschränken. Vom Grafen Andrássy wurde das Budget vorgelegt. Morgen werden die Delegationen vom Kaiser empfangen werden.

Bern, 20. April. Bei den Wahlen zum großen Rath sind in der Stadt Bern die konservativen Kandidaten vollständig unterlegen; in den ländlichen Bezirken sind größtentheils Liberale gewählt worden. — In Neuenburg sind nach hier eingegangenen Meldungen 90 Radikale und 11 Konservative in den großen Rath gewählt worden.

Madrid, 19. April. Der Marschall Serrano und der Admiral Topete haben, nach aus Somorrostro eingetroffenen Nachrichten vom 18. d., nach der Rückkehr des Letzteren in das Hauptquartier eine längere Zusammenkunft gehabt. Morgen werden die sämtlichen Truppenführer zu einer Berathung zusammentreten. Die Flotte ist bereit, ihre Operationen an der Mündung des Nervion sofort zu beginnen.

## Deutscher Reichstag.

## 36. Sitzung.

Berlin, 20. April, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, v. Kameke und Andere.

Ein Schreiben des Justizministers, das die Ermächtigung des Reichstages zur strafrechtlichen Verfolgung der „Neuen Freien Zeitung“ nachsucht, wird an die Geschäftsausschusss-Kommission verwiesen.

In dritter Berathung wird der Nachtrag zum Haushalt-Estat des Reiches (1,552,865 Thlr.) fast ohne Debatte den Beschlüssen der zweiten Berathung gemäß genehmigt. Die für die Telegraphen-Verwaltung zur Vermehrung der Verbindungen, Errichtung neuer Stationen und Erwerbung von Dienstgebäuden verlangte 1 Million veranlaßt den Abg. Marquardsen nicht sowohl diese Position zu bestimmen, sondern zu fragen, ob sie nicht nur darum so gering bemessen ist, weil die Verwaltung dem besseren und auf die Dauer auch wohlfeilern System der unterirdischen Leitungen noch immer nicht näher treten will. Präsident Delbrück erwidert darauf, daß die Verwaltung das empfohlene System sorgfältig im Auge behalten hat, daß aber heute noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, ob der Reichshaushalt für 1875 schon eine Kreditsforderung für unterirdische Leitungen enthalten wird.

Für die darauf folgende dritte Berathung des Reichs-Militär-Gesetzes liegen bei Beginn derselben nur zwei Abänderungs-Anträge von Richter und von Deniz vor. Zur Generaldebatte verlangt das Wort

Abg. Förg: Es handelt sich hier um Einführung des eisernen Militäretats, den der Reichsanwalt am 11. März 1867 empfahl, weil es nicht zweckmäßig sei, alljährlich an dem Militäretat herumzuparlamentieren. Ebenso forderte der Antrag v. Bennigsen's den Verzicht auf das Budgetrecht. Schon bei Berathung der verfaillierter Verträge haben wir bemerkt, daß das deutsche Reich seinem preußischen Ursprunge gemäß uns den eisernen Militäretat, den absolutistischen Militärstaat bringen werde. Damals hat man uns diese Ansicht als Verläumding und Verdrehung vorgesetzten. (Stimme: Das ist es auch heute noch!) Nein, m. H. heute ist unsere Ansicht zur Wahrheit und Wirklichkeit geworden. Die Nationalliberalen haben in ihrem Wahlprogramm die alljährliche Feststellung der Präsenzstärke beim Etat gefordert und sich auch für die 2jährige Dienstzeit ausgesprochen. Jetzt sind sie von ihrer Ansicht abgegangen. Jetzt entschuldigen sie sich mit der Bewegung im Volke, man kommt also heute schon zur Dispensation von der politischen Überzeugung. Wenn der Reichstag in seiner frühen Jugend nicht die Macht hat, ein Recht, welches ihm zusteht, nicht zu erobern sondern nur festzuhalten, kann wird er, wenn er mit einem 7jährigen Servitum erst vertraut ist, nicht die Kraft haben, sein Recht wieder zu erobern. Der Erzbischof Jacob diente auch 7 Jahre um die Nachel, und bekam sie doch nicht, er mußte nochmals 7 Jahre darum dienen. Als Herr v. Bennigsen den Bundesrat so lebhaftlich hat, wurde mir für seine Person wirklich angst und bange. Ich dachte, er würde zum Bundesratsstuhl hinaufen und mit ausgehobenen Händen bitten, den armen Reichstag doch zu erhören. Jetzt sind Sie unter das laudinische Joch gegangen, und wenn Sie sieben Jahre Spießruten gelaufen sind, werden Sie auch noch nichts erreichen. (Unruhe.) Nun ist viel von einem illoyalen Reichstag, von den Staatsfeinden, den Reichsfeinden, den vaterlandslosen und reichsverrätherischen Parteien gesprochen worden. Einen illoyalen Reichstag gibt es nicht und kann es gar nicht geben und wenn erst einmal die Wehrheit aus Reichsfeinden besteht, dann ist es überhaupt mit ihm als Institution vorbei. Graf Moltske behauptete, wir müssen 50 Jahre lang verteidigen, was wir in einem halben Jahr erobert hätten; nun die Franzosen machen mir nicht so viel Sorge, wohl aber der politische Zustand in Europa; alle Staaten stehen in vormannter Kriegsbereitschaft, das Reich ist ein Feldlager, der allgemeine Zustand ist der Zustand der Faustrechts. (Bewegung.) Er kann nicht lange dauern, er

wäre der Ruin der Gesellschaft und dieser Ruin ist schon da. Wenn ein Staatsmann nach drei Kriegen sein Ziel noch nicht erreicht hat, so war entweder seine Politik eine verfehlte, oder ihr Produkt ein sehr unvollkommenes. Graf Moltske hat ferner gesagt, er wüßte nicht, was er mit einem erobernten Stück Frankreich oder Russland anfangen sollte; er hat aber nicht gesagt, daß er mit einem erobernten Stück Österreich nichts anzufangen wisse. (Bewegung.) Ich weiß, daß uns die Deutsch-Oesterreicher etwas entfremdet sind, aber ich schaue sie dennoch hoch. Die europäischen Staaten haben jetzt keine Ruhe und keinen Frieden; die soziale Frage fordert aber entschieden eine feste Vereinigung aller europäischen Staaten, sie ist eine eminent internationale und kann nicht von einem einzelnen Staate in Angriff genommen werden, wenn er nicht seine Existenz untergraben will.

Abg. Gneist: Der Vorwurf, daß der Kompromiß das Budgetrecht der Volksvertretung preis gebe, sowie der heftige Streit darüber wäre zum größeren Theile unmöglich gewesen, wenn der Reichstag auch nur ein einziges Mal ein Militärbudget praktisch berathen hätte. Was zur Budgetbewilligung einerseits, was zur festen Organisation andererseits gehört, läßt sich erst ermessen, wenn ein Militäretat mit seinen 60 Titeln und Tausenden von Personen vorlegt.

Aber der Vorredner thut Unrecht, wenn er die Berathung eines Militäretats wie ein unbekanntes Land behandelt. Seit 25 Jahren steht das preußische, jetzt deutsche Heer mit seiner eigentümlichen Verfassung einer steuerbewilligten Volksvertretung gegenüber. In der zweiten Hälfte dieses Vierteljahrhunderts ist freilich das Budgetrecht außer Kraft gewesen. In den ersten zwölf Jahren hat aber eine fortgesetzte normale Berathung stattgefunden, und in der ganzen europäischen Welt gibt es keinen anderen Maßstab für das, was unser verfassungsmäßiges Recht ist, als das, was von Staatsregierung und von allen Parteien ausdrücklich oder stillschweigend damals als Recht anerkannt ist. Wenn diese Art der Feststellung nicht gelten soll, so kann ein öffentliches Recht für uns niemals entstehen.

Als 1849—50 der erste Militäretat berathen wurde, ging man mit Streichungen in die einzelnen Titel hinein, auch in die kleinsten Posten, wie bei jedem anderen Etat. Als man aber an die Titel von Wohnung, Bekleidung, Unterhalt der Truppen kam, sprang die Notwendigkeit hervor, von festen Maßverhältnissen auszugehen. Die Staatsregierung legte nun eine Tabelle der Stärkeverhältnisse d. J. der Kadres vor, wie sie auf gesetzlicher Grundlage seit 1819 gebildet waren. Dazu die Spezialtats der Friedensverpflegung eines Bataillons, eines Kavallerieregiments, einer Artillerie-Brigade. Die Hauptabelle wurde nun den Altagen des Budgetberichts vorangedruckt, die Spezialtats beigelegt. Diese Grundlage enthält aber in summirten Zahlen Dutzend, was die gegenwärtige Gesetzesvorlage § 1—4 in Wörtern enthält. Diese Kadres und die daraus summierte Präsenzstärke wurde den Berathungen der Budgetkommission und des Hauses zu Grunde gelegt. Man begann mit einer Vorberörterung von der Schwere der Militärlast, erkannte aber an, daß eine Herabsetzung zur Zeit nicht zulässig sei, da diese Armee „eigentlich“ nur  $\frac{1}{3}$  des Kriegsheeres ausmachen. Im folgenden Jahre zog man diese Positionen in eine Summe zusammen und begann den Budgetbericht: Wir verhandeln über eine Armee von 130,000 Mann und 26,000 Pferden.

Im folgenden Jahre wiederum. Wir verhandeln über eine Armee von 130,000 Mann und 26,000 Pferden.

Diese summarische Grundlage ist dann als selbstverständliche Konstanz von 1854—1861. Zeitweise (1854, 1857) wurde wieder ein Spezialtat der Friedensverpflegung eines Bataillons vorgelegt. Im Jahre 1858 trat mit Zustimmung des Hauses eine erhebliche Erhöhung der Stärke ein durch Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit. Gegenstand der Genehmigung waren diese Augmentationen.

In jedem Jahre ist die Schwere der Militärlast Gegenstand der Berörterung gewesen. Wiederholte ist der Wunsch ausgesprochen, durch Verkürzung der Dienstzeit und Verminderung der Präsenzstärke Ersparnisse einzutragen zu lassen. Aber in dem zwölfjährigen Zeitraume hat die Budgetkommission niemals den Anspruch erhoben, über eine Verminderung der Cadres oder Herabsetzung der faktischen Dienstzeit im Budget einseitig zu beschließen. Kein Mitglied der Budgetkommission, kein Mitglied des Hauses hat in den Verhandlungen einen solchen Anspruch im Laufe von zwölf Jahren erhoben.

Wir liegen seit geraumer Zeit die zwölf Jahrgänge der Protokolle, Berichte und Handlungen über das Militärbudget vor, nach denen bisher, beiläufig gesagt, noch keine Nachfrage gewesen ist. Ich vermag aber keine Spur zu entdecken, daß irgend eine Partei oder ein Mitglied des Hauses die Meinung ausgesprochen hätte: eine einseitige Beschließung über die Stärke und die Zahl der Cadres liege in den Grenzen des Budgets. Es hat an heftigem Streit über die Schwere der Militärlast nie gefehlt. Der Abgeordnete v. Bismarck-Schönhausen begann die Berathungen der ersten Jahre gewöhnlich mit Erklärungen, die zum Widerspruch reizten. Von anderer Seite wurde die Bedeutung eines Volksheeres und der Landwirtschaft genug betont. Aber ich finde keinen Redner, der ein einseitiges Recht zum Abstrich der Präsenzstärke oder der Cadres behauptet.

Die jetzt streitige Theorie vom Budgetrecht ist vielmehr erst im Militärlkonflikt entstanden, seitdem die Staatsregierung behauptete, sie sei an keine gesetzliche Grundlage der Organisation gebunden, und könne die Cadres jederzeit einseitig ändern. Nun begann auch von der anderen Seite die Behauptung: die Volksvertretung könne ebenso jedes Jahr frei über die Zahl und die Stärke der Cadres beschließen. Ein Theil der Linken erhob dies zu ihrem leitenden Grundsatz, nannte dies ihr Budgetrecht und trat in Streit mit den Mitgliedern, welche an der gesetzlichen Organisation festhielten. Die Verhandlungen des Hauses, besonders im Winter 1862/63 werden dem außerordentlichen Theil von dem verraten, was damals der Streit der Fraktionen war. Sie werden erkennen lassen, wie seit 1863 die bis dahin nie angeregte Frage durch einige der hervorragendsten Mitglieder der Linken zum Schlagwort erhoben wurde. Einmal gehörte machte der neue Gedanke aber eine unermüdliche Propaganda. Denn wenn ein Recht der Volksvertretung einmal wie ein Grundrecht formulirt ist, so erscheint es stets als schrankenloses, absolutes Recht, welches keinerlei Beschränkung durch Gesetz oder Verfassung bedürfe, noch irgend eine Beschränkung ertrage. Sowie man über die Preßfreiheit, die Koalitionsfreiheit, die freie Kirche dachte, so dachte man auch über die neue Budgetfreiheit.

Nachdem aber diese Budgettheorie der Angelpunkt des Verfassungsstreits geworden war, so lehrte die unabänderliche Erscheinung wieder, daß der neue Grundatz für seine Vertreter zu einer Spezialität, zu einer höchsten Lebensfrage wurde. Es war, als ob für sie alle Gewalten und Rechte im Staate im Budgetrecht aufgingen. Verfassungssatzel und Verwaltungsgesetze traten daneben zurück: vor diesem Nichts — als Budgetrecht.

Es valtet dabei in der Regel nicht die Absicht vor, dies Budgetrecht absolut zu gebrauchen zur direkten Aufhebung oder Abänderung der gesetzlichen Grundeinrichtungen. Im Gegenteile wird stets vertheidigt, daß man dies Recht mit größter Mäßigung und patriotischer Rücksicht auf die öffentlichen Bedürfnisse handhaben werde. Nur prinzipiell darf man sich keine Beschränkung durch Gesetz gefallen lassen. Die praktische Handhabung geschieht auch in der Regel nicht durch Verfassung, sondern durch Beifügung von Bedingungen, mit welcher man dann irgend etwas daneben Gewünschtes durchsetzen will. Seit 1864 hat sich dieses „Budgetrecht“ auf die städtische Vertretung fortgesetzt, die sich gegen Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen daran berufen. In diesem Verhältnis liegt der unverstehbare Mittel zur Durchsetzung der mannigfaltigen Wünsche in öffentlichen Angelegenheiten. Jede Bekämpfung solcher Vorstellungen in Rede und Schrift bleibt eben deshalb vergleichbar bis zu dem Zeitpunkt, wo sie mit dem Gesamtbedürfnis und Wesen des Staates zusammenfällt und einen Konflikt in den Grundverhältnissen des Staates herbeiführen droht, wie heute. Die Gefahr des Budgetabsolutismus, welche darin besteht, daß alljährlich durch die wechselnde Majorität die Verfassungssatzel und Gesetze außer Kraft gesetzt, aufgehoben oder abgeändert werden können, gibt dem Recht eben seinen Reiz und wie jeder Absolutismus wendet er sich zornig und beleidigt gegen den Gedanken, daß er durch irgend eine andere Gewalt gebunden sein sollte.

Die so einmal geweckten Geister sind auch in einer langen Reihe der Jahre nicht wieder zur Ruhe zu bringen, und sie walten in dem heutigen Streite in wenig verminderter Heftigkeit. Mit dem 1. Januar 1875 soll die normale freie Berathung des Militärbudgets wieder eintreten. Nur soll dabei die Zahl und Stärke der Cadres wieder gesetzliche Grundlage sein, wie bei den Berathungen von 1849 bis 1861. Von 60 Titeln des Budgets werden mehr als 50 von der Zahl der Cadres nicht berührt und bleiben vollkommen frei. Aber auch für die Befoldung und den Unterhalt der Truppen läßt die feste Präsenzzahl einen sehr weiten Spielraum für Bewilligungen und Versagungen des ganzen Materials, des ganzen Pferdebestands, welcher jährlich etwa 15 Millionen Thaler bedeutet, für alle notwendig werdenden Erhöhungen, Extraordinaria u. s. w. Aber alle diese Befreiungen, die man in früheren Jahren unter einer normalen Budgetberathung verstand, haben heute keinen Reiz mehr. Der widersprechende Theil behauptet, alles das seien kleinliche Rechnungsbeschlüsse, praktisch wertlose Dinge. Es fehle die Hauptsache, die dem Budgetrechte Werth und Bedeutung gebe. Was ist aber die Hauptsache?

Es ist die Möglichkeit, durch die Budgetbeschlüsse die Bestimmungen der Verfassung und der Gesetze über die Militärorganisation abzuändern.

Das ist der entscheidende Punkt, der bei jedem Streite hervortritt, und so ist es auch diesmal der Fall.

Der Widerspruch gegen die Präsenzzahl der Regierungsvorlage hat auch in der Militärkommision kein Geheimnis aus seinen Zwecken gemacht. Es soll jedenfalls für die spätere Zeit durch die Budgetbeschließungen eine Herabsetzung der Dienstzeit bei den Fahnen und eine Verminderung des Präsenzstandes herbeigeführt werden. Von der einen Seite sind 360,000 oder 355,000, von der andern 320,000, von der dritten Seite 300,000 oder 260,000 Mann als die angemessene Zahl der zukünftigen Armee bezeichnet worden. Diese Herabsetzung kann aber nur geschehen entweder durch vermindernde Zahl der Einstellungen oder durch Herabsetzung der Dienstzeit. Eine vermindernde Einstellung würde aber in Widerspruch gegen das Gesetz der allgemeinen Wehrpflicht treten, sie ist jedenfalls nicht gemeint. Eine Herabsetzung um 30,000 würde die Kriegsstärke des Heeres um 120,000 Mann kriegsgeübter Soldaten schwächen, eine Herabsetzung um 120,000 Mann würde das Kriegsheer um eine halbe Million schwächen. Alle Parteien protestieren aber auch auf das Lebhaftste gegen eine solche Unterstellung. Es bleibt also nur die andere Alternative: Herabsetzung der Dienstzeit. Diejenigen, welche 30,000 Mann streichen wollen, setzen die Dienstzeit durch Urlaubungen um 4 Monate herab. Wer 50,000 Mann streicht setzt die Dienstzeit um 6 Monate herab. Wer 120,000 Mann streicht, setzt die Dienstzeit um 16 Monate herab.

Dieser Punkt führt mich zu dem zweiten Vorwurf, daß wir durch den Kompromiß auf die populäre Forderung der 2jährigen Dienstzeit verzichten. — Herr Reichenberger fehlt diesen Vorwurf insbesondere gegen mich persönlich, als einen Widerspruch gegen frühere Anträge. Allein wir haben die Forderung der zweijährigen Dienstzeit jederzeit als eine Forderung gestellt, welche in Verbindung mit einer langen Reihe der dazu gehörigen Generaleinrichtung durch Gesetz vereinbart werden soll; aber niemals als eine Forderung, die durch einseitigen Budgetbeschluß von der Volksvertretung jederzeit diskreditirt werden dürfe. Die 2jährige Dienstzeit ist auf die Dauer unvereinbar mit der allgemeinen Wehrpflicht. Unsere Geldmittel haben niemals ausgereicht, um alle Wehrfähigen drei Jahre bei den Fahnen zu halten. Aber man kann die 2jährige Dienstzeit nicht einseitig festsetzen; denn sie setzt ganz andere Einrichtungen voraus, als die, welche seit sieben Jahren in Deutschland durchgeführt worden sind. Sie setzt eine stärkere prima plena, ein größeres, gut beflocktes Corps von Sergeanten und Unteroffizieren, andere Einstellungsfesten, andere Liebungszeiten, ein verändertes Grundsystem der Ausbildung der Mannschaften voraus und selbst so ist sie nach den entscheidenden Autorität unserer siegreichen Feldherren auch bei der Infanterie noch bedenklich, für die der größte Theil des dritten Jahrgangs noch nicht entbehrlieblich scheint. Die Änderung setzt eine schrittweise systematische Neuordnung durch eine Reihe von Jahren hindurch voraus. Der Ort darüber zu verhandeln, war die Berathung unserer Verfassung, und später die Berathung des Wehrgesetzes. Nachdem aber in zweimaliger feierlicher Verfassungs- und Gesetzesberathung die dreijährige Dienstzeit festgestellt ist, so bedeutet diese verfassungsmäßige Feststellung nichts Anderes, als daß der Reichstag darauf verzichtet hat, eine 2jährige oder 1½-jährige Dienstzeit alljährlich durch Budgetbeschluß zu festsetzen. Wenn das nicht der Sinn aller Verfassungs- und Verwaltungsgesetze ist, so haben sie überhaupt keinen Sinn. Die gesetzliche Feststellung bedeutet keine „eiserne Zahl“, sondern sie bedeutet nur, daß die einseitige Festsetzung weder durch die Bundesregierungen, noch durch den Reichstag zulässig ist. Sie bedeutet nur, daß sich der Reichstag mit seinem legitimen Einfluß auf die Gesetzgebung zu beauftragen, aber nicht alljährlich einseitig und wechselseitig über die Dienstzeit und alle Grundverhältnisse der Armee zu beschließen hat. Dieser legitime Einfluß des Reichstages ist aber für eine fortschreitende Herabsetzung der Dienstzeit stärker als für irgend ein anderes Gesetz des Reichs. Denn alle Klassen und Parteien des Volkes sind einig in dem Interesse, Dienstzeit und Geldlast so weit herabzusetzen, wie irgend möglich. Eine Reihe der verhinderten Regierungen drängt in dieselbe Richtung. Alle Welt ist buchstäblich darin einig, soweit es nur praktisch möglich.

Jedes Jahresbudget gibt einen neuen Anhalt eines Drucks in dieser Richtung.

Dieser Druck von Interessen gegenüber, die ihres Gleichen sonst nicht hat, läßt sich das Bestehende auch im Wege der Gesetzberatung nur aufrecht erhalten, so lange es die evidentesten Gründe der Notwendigkeit dafür sich darlegen kann.

Unsere Verfassung und unsere Gesetze werden gegeben, um nicht alljährlich durch einseitige Budgetbeschlüsse die Heeresverwaltung und die Staatsregierungen in eine Lage zu setzen, in der sie uns ein „Non possumus“ entgegensetzen.

Es heißt im Art. 57: „Der wehrfähige Deutsche ist mehrpflichtig,“ — man kann nicht hinzufügen: „aber der Reichstag kann außerjährlich beschließen, 30,000, 50,000 oder 120,000 von der Wehrpflicht zu befreien.“

Es heißt im Art. 59: „Der Wehrpflichtige dient 3 Jahre lang bei den Fähnen“, — man kann nicht hinzufügen: „aber der Reichstag kann alljährlich die Dienstzeit um 1 Jahr herabsetzen, indem er den Präsenzstand um 90,000 vermindert.“

Es heißt im Art. 60: „Die Friedensstärke des Heeres wird im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt“, — man kann doch nicht hinzufügen: „Dieses Reichsgesetz wird alljährlich vom Reichstag einseitig geändert durch einen sogenannten Budgetbeschluß.“

Es heißt im Art. 61: „Die Organisation des Heeres wird durch ein umfassendes Reichsmilitärgesetz geordnet“, — man kann doch nicht hinzufügen: „alle Grundverhältnisse dieser Organisation sind alljährlich durch einseitige Beschlüsse des Reichstags abänderlich.“

Es heißt im Art. 62: „Bei Feststellung des Ausgabebetriebs wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Heeres zu Grunde gelegt“, — man kann doch nicht hinzufügen: „sie wird aber nicht zu Grunde gelegt, sondern die Budgetbeschlüsse können sich schrankenlos darüber hinwegsetzen.“

Wie kann es neben solchen Verfassungssätzen ein absolutes Recht geben, welches sie einfach bei Seite setzt. Wir wollen keinen Punkt des Budgets, großen oder kleinen, der Kontrolle des Reichstages entziehen; aber wir wollen nicht unter dem Namen der Kontrolle alljährlich eine neue Heeresverfassung beschließen. Wir wollen nicht unter dem Namen eines Beschlusses über den Haushalt alljährlich die Verfassungssätze und Verwaltungsgesetze des Reiches einseitig außer Kraft setzen.

Unter diesen Umständen ist die Behauptung, daß wir das verfassungsmäßige Budgetrecht preisgeben, daß wir eine Verkürzung der Dienstzeit aufgeben, unwahr, positiv unwahr, und noch ehe daraus das Schlagwort für den nächsten Kompromiß zu machen ist, wird die öffentliche Meinung Zeit haben, sich darüber aufzuhören. Der Mangel des Kompromisses ist nicht das Zuviel, sondern das Zuwenig. Der Mangel ist, daß die gesetzmäßige Zahl, die heute festzustellen wäre, nach sieben Jahren noch eimal in Frage kommen soll. Wenn aber die verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit dafür übernehmen, wenn sie das Vertrauen in die Einsicht und den Patriotismus der Volksvertretung haben, daß die noch bleibende Lücke der Verfassung zwischen heute und heute über 7 Jahre ausgefüllt sein wird, so kann es für uns nicht zweifelhaft sein, was wir zu thun und was wir zu lassen haben, wenn die Rechtsansichten über bestehendes Recht noch auseinandergehen.

Anders als vor 12 Jahren haben wir dem deutschen Heere den Dank auszusprechen für das, was es für die deutsche Sache, für Deutschland gethan und gelitten hat: der Dank des Parlaments ist aber die gesetzliche Anerkennung der Organisation.

Anders als vor 12 Jahren haben wir dem Auslande die Gewißheit zu geben, daß wir gerüstet sind und gerüstet bleiben wollen, um den Besitzstand des deutschen Reiches aufrecht zu erhalten, — gerüstet nicht für heute, sondern gerüstet für immer.

Anders als vor 12 Jahren wollen wir die Kraft des deutschen Bundesstaats festlegen: Dies Einheitsband ist aber nicht die diplomatische Vertretung nach außen, nicht der Reichstag als Zollparlament, sondern das einheitliche Heer.

Gleicht dabei noch ein Mangel, so hat die Einsicht unserer Regierung und der Patriotismus unseres Volks uns schon über Schwieres hinweg geholfen, und wird mit Gottes Hilfe uns weiter helfen. (Bravo.)

Abg. Motteler (Sozialdemokrat): Man nennt die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Reichsfeinde. Wir sind aber nicht Gegner des nationalen Reichs, sondern nur der uns drückenden Einrichtungen, vor Allem des Militarismus, den sogar die liberalen Parteien früher bekämpften, hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen. Denn wir sind nicht so destruktiv, wie Sie glauben, unsere Partei ist noch jung und sich noch nicht völlig klar, aber man hat Vieles auf unsere Firma geschrieben, was von einigen exzentrischen voranstürmenden Köpfen ausgegangen ist. Das Volk kann jetzt weniger als je eine neue Hypothek auf sein Fleisch und Blut und auf seinen Geldbeutel aufnehmen. Graf Moltke hat gefragt, daß alle militärischen Autoritäten sich gegen die Volksheere ausgesprochen hätten; aber Nadezhny hat das Volksheer verteidigt. Er sagte ferner, daß erste Recht des Staates sei das Recht auf Existenz; wir Sozialisten aber verlangen auch für jeden einzelnen Staatsbürger das Recht zu bestehen nach Innen und Außen. Das Volk braucht Frieden und Brot. Die gesammelte politische Lage in Europa weist aber keineswegs auf Frieden. Wir sehen in Deutschland Massenverarmung, der Staat ist ein Klassenstaat, die Gesetzgebung eine Klassen Gesetzgebung; der Militärstaat hat den Sieg über den sogenannten Rechtsstaat davongetragen: Beweis der § 20 des Gesetzes, welcher von den Bedingungen der Zurückstellung von Militärschichtigen handelt. Auf die Grundbesitzer nimmt man Rücksicht, nicht aber auf den einzigen Ernährer hilfloser Familien. Ferner wird das Militär für nicht wahlberechtigt erklärt. Dies ist eine Verlegung der Rechte des Staatsbürgers, der den Waffenrock trägt; der Soldat muß es wissen, daß er ein Recht hat, seine Stimme in die Wahlurne zu werfen, daß er so es sich um die Frage nach der Dauer der Dienstzeit, seinen Unterhalt und seiner Versorgung handelt. Die liberalen Parteien haben aber nichts gehalten, um dieses nothwendigste und heiligste Recht des Soldaten zu reklamieren, weil auch heute noch das Wort Lassalle's gilt, daß jeder Staat das Prinzip, auf dem er ruht, zum herrschenden machen will und allen seinen Institutionen als Stempel aufdrückt. Die deutschen Stämme waren 1866 nicht uneins, sondern ihre Repräsentanten hatten einen Interesse daran, uneins zu sein, und das Werk von 1866 kann nur mit Blut und Eisen zusammengehalten werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter aber erstreben die vollständige Abschaffung der stehenden Heere und die Volksbewaffnung. Wir wollen an Stelle des blind gehorgenden einen denkenden Soldaten setzen. Der nächste Krieg wird kein Religionskrieg, sondern ein Rassenkrieg zwischen Germanen und Slaven sein. Dem Anprall von Osten aber wird man nur Stand halten können durch freimaurige Institutionen, nicht durch einen Kompromisantrag, in welchem der Reichstag dem Gewaltigen zuruft: Salve Caesare, (Heiterkeit) morituri te salutant! Das Volk hält an dem Spruch: Willst dein Haus du halten rein, las weder Pfaffen, noch Lanzenknecht hinein.“

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen, erneuert sich aber sofort bei der Spezialberatung über § 1.

Abg. Schulze: Aus der Rede des Abg. Gneist folgte, daß die nationalliberale Partei, sofern sie durch jene Rede wirklich vertreten wird, eigentlich nicht für den Kompromiß der Herrn v. Bemmelen, sondern für § 1 der Regierungsvorlage zu stimmen Willens war. Man kann wohl über ein Jahr hinaus eine Forderung des Budgets in dringenden Fällen bewilligen, nie aber über die Dauer des eigenen Mandats hinaus. Aber diesmal war eine mehrjährige Bewilligung ganz überflüssig, weil das Misstrauen der Regierung ganz ungerechtfertigt ist, es würde irgendeine Volksvertretung bei einer so drohenden Lage wie die gegenwärtige, die Mittel für ein gewaltiges Friedensheer nicht ebenso gut bewilligen, wie wir es diesmal wollten. Es genügt nicht, ein Volk selbstständig nach Außen zu machen, man muß auch gleichzeitig die inneren Freiheiten entwickeln; hier aber vernichtet man auf lange Zeit sein Budgetrecht.

Man führt als Schreckbilder den inneren Kampf mit der Kirche und den Sozialdemokraten auf; aber es ist nicht zu vergessen, daß je mehr man die Kräfte des Volkes anspannt zur Abwehr der äußeren Feinde, um so weniger übrig bleibt für jenen

inneren Kampf. Nichts ist aber ungerechter, als die Partei, welche diesen Standpunkt einnimmt, als reichsfeindlich zu verdächtigen, während sie doch in Zeiten der Notchreihe für das Wohl des Reiches gethan hat. (Beifall in der Fortschrittspartei.)

Aba. v. Niegolemski: Es ist nicht unsere Sache, die Rechte und Pflichten des Reiches zu vertheidigen, wir wollen nur vor unseren Bürgern öffentlich unser Standpunkt klar legen. Und da meine ich, stellt man die Verfassung geradezu auf den Kopf, wenn man der Volksvertretung auf lange Zeit das jährliche Geldbewilligungsrecht entzieht. Wir Polen haben nie opponiert, wenn ein Krieg zum Schutz der Grenzen des Landes zu führen war, weil die Vertheidigung der Nationalität jedem Volke heilig ist. Letzteres wird uns dies schlecht verfolgen, da man auf allen Gebieten unsere Nationalität zu unterdrücken sucht.

Abg. Dernburg: Ich bedaure, daß der Abg. Motteler seine Ausführungen nicht schon in der 2. Lesung bei Gelegenheit der Spezialberatung über § 20 gemacht hat, wir hätten dann vielleicht auf Manches näher eingehen können. Jedenfalls ist zu erwähnen und rühmend anzuerkennen, daß der Abg. Motteler der erste sozialdemokratische Redner ist, der den freilich nicht glücklichen Versuch gemacht hat, sich mit Argumenten an der Diskussion des Hauses zu beteiligen. Was den Kompromiß betrifft, so soll der selbe nicht nur zu der äußeren, sondern auch zu der inneren Versöhnung beitragen, und wir glauben darin den Weg gefunden zu haben, auf dem die Nation ihre Ziele erreichen kann. Ich begreife nicht, warum Hr. Richter durchaus nur auf 3 Jahre die Präsenz bewilligen will, während er doch für das Pauschquantum auf 4 Jahre votierte. Ueberhaupt ist er von uns gar nicht so weit entfernt, wie es den Anschein hat, und er könnte beinahe zum Kriegsminister sprechen: Ich habe schon so viel für Dich gehabt, daß mir zu thun fast nichts mehr übrig bleibt. Herr Richter warnt davor, den Namen des Kaisers nicht unnütz anzurufen, aber indem er Westen zitierte, vergaß er, daß man auch den Namen eines großen Todten nicht unnütz anrufen soll. Er hat ihn zitiert, um das Urtheil über uns zu sprechen, indem er indirekt die nationalliberale Partei Mollusken nannte. Wie bezeichnend er dieses Wort erachtete, geht daraus hervor, daß ihm im stenographischen Bericht die gewöhnliche Schrift nicht dafür genügte, sondern er das mehrfach unterstrichene Wort mit der außergewöhnlichen fetten Schrift drucken ließ. Ich glaube also rechtsfreuen Parteien darf beglückwünschen zu müssen, eine Verständigung mit der Regierung erreicht zu haben.

Abg. Richter erklärt, daß er mit dem Ausdruck „Mollusken“ nicht nur das kleine Fühllein von Nationalliberalen habe bezeichneten wollen, zu denen auch Herr Dernburg nach dem Telegramm an seine Wähler gehört. Abg. Schulze macht auf den Unterschied aufmerksam, ob man ein Gesetz auf 4 Jahre mache oder für 7 Jahre auf sein Budgetrecht verzichte.

Der § 1 (die Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften beträgt für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis zum 1. Januar 1881 401,659 Mann. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedens-Präsenzstärke nicht in Anrechnung) wird mit der entschiedenen Mehrheit genehmigt, die sich von der zweiten Beratung (224 gegen 146 Stimmen) schwerlich unterscheiden wird.

Zu § 2 (die Infanterie wird formirt in 469 Bataillone u. s. w.) verlangt Abg. Ewald das Wort und fragt den Präsidenten, ob er wohl an dieser Stelle das sagen könne, was er bei § 1 zu sagen willens war, aber verhindert wurde. Präsident v. Forckenbeck hat darauf nur die Antwort, daß er eventuell gegen den Redner die Geschäftsbildung in Anwendung bringen werde. In Folge dessen begnügt sich Abg. Ewald damit, einiger Petitionen gegen das Gesetz Erwähnung zu thun, worauf § 2 genehmigt wird.

Zu § 14 macht Abg. Schröder (Friedberg) auf die Notwendigkeit des in diesem Paragraphen verheissen Gesetzes aufmerksam, welches die Voraussetzungen regeln wird, welche zum einjährig freiwilligen Dienst berechtigen, zumal durch dasselbe die Ungleichheiten beendet werden müssten, welche in Bezug auf die Befugnis zur Erteilung der Berechtigung zum einjährigen Dienst zwischen den verschiedenen Nachrichtsanstalten bestehen.

Zu § 20, welcher von der Zurückstellung von Militärschichtigen handelt, empfiehlt Abg. v. Deneck der Regierung, in besonders dringenden und verhältnismäßig schweren Fällen eine sofortige Untersuchung und Prüfung einzutreten zu lassen.

Zu § 47 ergreift Abg. v. Minnigerode das Wort: Die „Provinzialkorrespondenz“ hat neulich einen Artikel gebracht, in welchem gesagt wird, daß bei etwaigen Neuwahlen Abgeordnete in das Haus kommen würden, welche wohl in der Militärfrage, aber nicht in anderen Fragen die Regierung unterstützen würden. Wer die Parteiverhältnisse in diesem Hause kennt, kann darüber nicht zweifelhaft sein, daß diese Äußerung der „Provinzialkorrespondenz“ gegen meine Partei (Freikonservative) gerichtet ist. Ich muß mich aber im Namen meiner Partei gegen eine solche Neuerung ganz entschieden verwahren. Diese Partei hat stets eine Ehre darein gesetzt, die Regierung in allen nationalen Fragen zu unterstützen.

Abg. Ackermann erklärt, daß er dem § 47 nur unter der Vorausezung stimmen könne, daß die ganze Materie von der Kommunalbesteuerung durch ein Spezialgesetz geregelt werden wird.

Zu § 49, in welchem die Wahlberechtigung der Militärschichtigen bestätigt wird, hat der Abg. Richter (Hagen) folgenden Zusatz beantragt: „Eine Vereinigung der hier nach Wahlberechtigt bleibenden Militärschichtigen zu besonderen Militär-Wahlbezirken für die Wahl der indirekten Wahlrecht beruhenden Landesvertretungen darf nicht stattfinden.“

Präsident des Reichskanzleramts Delbrück: Ich habe auf eine Anfrage bei der preußischen Regierung die Antwort erhalten, daß es ihr völlig einerlei sei, ob die Aufhebung der Militärwahlbezirke durch das Landesgesetz oder Reichsgesetz erfolge.

Abg. Richter (Hagen) hält es unter diesen Umständen für zweckmäßig, die Sache sofort zum Austrage zu bringen.

Hierauf wird § 49 mit dem Richter'schen Amendment angenommen.

Ein vom Abg. v. Denzin zu § 57 eingebrachter Antrag, die militärische Kontrolle des Beurlaubtenstandes gegen die Beschlüsse der zweiten Lesung zu erweitern, wird trotz der lebhaften Vertheidigung desselben durch den Generalmajor v. Voigts-Rhees, nachdem sich der Abg. Richter (Hagen) gegen denselben erklärt hatte, mit 194 gegen 135 Stimmen abgelehnt.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden ohne Diskussion nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt.

Damit ist die dritte Beratung des Reichsmilitärgesetzes beendet. Es folgt nun noch die namentliche Schlußabstimmung über das ganze Gesetz; dasselbe wird mit 214 gegen 123 Stimmen angenommen. Um 3 Uhr verläßt sich das Haus bis Dienstag 11 Uhr.

Der Präsident v. Forckenbeck setzt auf die Tagesordnung das Gesetz betreffend die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern und die dritte Beratung des Reichsgesetzes.

Abg. Windthorst beantragt, das Preßgesetz als ersten Gegenstand auf eine Tagesordnung zu setzen. Präsident v. Forckenbeck erklärt auf eine Anfrage des Abg. v. Hoberd, daß es seine Absicht sei, das Preßgesetz sofort nach dem Kirchengesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Abg. Lasker zieht Namens der Nationalliberalen die Erklärung ab, daß sie jedenfalls darauf halten würden, daß die dritte Lesung des Reichsgesetzes jedenfalls vor der dritten Lesung des Kirchengesetzes stattfindet. Da der Abg. Windthorst auf seinem Widerspruch beharrt, so ruft der Präsident die Entscheidung des Hauses an. Die Mehrheit entscheidet sich gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten für die vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr (Kirchendienergesetz, Reichsgesetz).

Staaten hingewiesen, wo die bereits verminderte Emission von Papiergeld neuerdings auf Betreiben einer gewissen Partei, welche zu Gunsten ihrer Interessenspolitik einen Notchreihe nach Papiergeld in Szene setzt, eine erhebliche Erhöhung erfahren hat. Wir wiederholen diesen Satz in deutlicher, jeden Zweifel ausschließender Fassung.

\* Der Abgeordnete von Bethmann-Hollweg, welcher in Anfang der Session der nationalliberalen Fraktion beigetreten war, hat nach der „D. 3.“ in Folge der Entscheidung in der Militärfrage seinen Austritt erklärt.

## Brief- und Zeitungsberichte.

≈ Berlin, 20. April. Meine Mittheilungen vom 14. d. M. (Vergl. Posener Btg. Nr. 265) vermag ich heut noch dahin zu vervollständigen, daß auch hinsichtlich der Wittwen der Beamten Seiten der Ministerien den Provinzial-Behörden erheblich größere Summen als in den früheren Jahren zur Disposition gestellt worden sind. Die Erhöhung der betreffenden Fonds beläuft sich auf nicht weniger als 40 Prozent. Fortlaufende oder dauernde Unterstützungen und Kinder-Erziehungsgelder erhielten bis jetzt nur diejenigen Wittwen, welche einmal durch ihre verstorbenen Ehemänner nicht mit einer Pension in der Wittwenkasse eingekauft waren und deren Gatten etablierte Stellen innegehabt hatten. Die hinterbliebenen Frauen vom Militärdienst oder auf Kündigung angestellten Beamten waren von diesen Unterstützungen prinzipiell ausgeschlossen. Besonders wurde durch diese Exkludierung die leichtgedachte Wittwenkategorie sehr hart betroffen, da sie sich meist schon in vorgerücktem Alter befand und zum Selbstversorgung nicht mehr fähig war. Außerdem involvierte die betreffende Ausschließung eine ungerechtfertigte Härte, da die verstorbenen Ehemänner ebenfalls zumeist aus dem Militärdienst hervorgegangene Personen waren, welche sich durch die vorgeschriebene Militär-Dienst den Anspruch auf Zivil-Anstellung erworben hatten. Nach den neuerrichteten Bestimmungen sollen nun auch diese Wittwen dauernde monatliche Unterstützungen auf Lebenszeit erhalten und sind die Provinzial-Behörden angewiesen, die erforderlichen Vorrichungen für ihre Ressorts zu machen. Auch diese Unterstützungen gelangen von 1. Januar d. J. ab zur Nachzahlung.

— Der Justizminister hat unterm 26. d. Mts. wiederum eine Dezentralisation in seinem Dienstort angeordnet, und demgemäß den Vorständen der Provinzial-Justizbehörden eine Reihe von Angelegenheiten überwiesen, wie die Anweisung der Umgangs- und Reisekosten, der Wiethentschädigungen, der Abordnung von Hilfsarbeitern in Subaltern- und Unterbeamtdienste, Bewilligung außerordentlicher Remunerations u. s. w. In den Fällen, in welchen es einer Substitution der Einzelrichter wegen zeitlicher Verhinderung bedarf, ist dieselbe von den ersten Präsidenten, wo aber durch gesetzliche Bestimmung diese Befugnis den Appellationsgerichten zusteht, von dieser künftig selbstständig vorzunehmen, und von der erfolgten Substitution dem Justizminister nur eine Anzeige zu erstatten.

Breslau, 20. April. [Oboration.] In Folge des von Seiten der Vorstandsmitglieder des katholischen Volksvereins ergangenen Aufrufs an die katholischen Männer von Breslau hatten sich gestern Mittwoch nach beendetem Gottesdienst etwa 5 bis 600 Katholiken in dem Hof der fürstbischöflichen Residenz versammelt, um dem Herrn Fürstbischof aus Anlaß des Beginnes seines 50. Priestertags eine Erwiderung zu bezeugen. Als der Hofraum von der Menge verfüllt war, begab sich eine aus 10 Personen bestehende Deputation zu dem Herrn Fürstbischof, an welchen der Buchhändler Goerlich, der Verleger des „Deutschen Volksfreund“, eine Ansprache hielt, die im Wesentlichen mit den Reden der Herren übereinstimmte, welche in den letzten Tagen die Sprecher der von auswärts erschienenen Deputationen aufgetreten waren. Der Herr Fürstbischof, welcher sich nicht ganz wohl befand, erwiderte diese Ansprache in freundlichster Weise; von seinen Auffassungen dürfte indeß nur, wie der „Schles. Btg.“ berichtet wird, hervorzuheben sein, daß er besonders betonte: „Den Erzbischof von Breslau, welcher nur nominell abgesetzt sei, habe jeder brave Katholik nach wie vor als Bischof zu betrachten.“ Nachdem sich die Deputation wieder in den Hofraum der Residenz zurückgegeben hatte, erschien der Herr Fürstbischof unter der als Aufnahm dienenden Säulenhalde und ertheilte der Menge der versammelten katholischen Männer und ihren Angehörigen seinen Segen. Herr Goerlich brachte hierauf ein Hoch auf den Herrn Fürstbischof aus, welcher sich demnächst wieder in seine Wohnung zurückbegab, während die Menge in dichten Scharen die Residenz verließ.

Koblenz, 17. April. Am verflossenen Montag sollte die vierwöchentliche Gefängnishaft des Pastors Wehn von Niederberg ihr Ende erreichen und der Genannte freute sich bereits, seine betreffenden Schulkinder noch an demselben Tage zur ersten hl. Kommunion zu führen, nachdem diese von einem benachbarten Geistlichen unterrichtet wurden. Herr Wehn hatte aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Am Sonnabend erhielt er eine Verfügung des Landrats von Trier zugestellt, worin er aufgefordert wurde, bis Montag früh die Kirchenbücher nebst Kirchensiegel an die Behörde abzufestern, oder anzugeben, wo diese Sachen sich befinden, widrigfalls er zu einer späteren Gefängnishaft von 4 Wochen verurtheilt würde, welche Strafe sofort vollstreckbar sei. Da Herr Wehn ein hierauf bezügliches Protokoll zu unterschreiben verweigerte, so bleibt er auf weitere 4 Wochen eingesperrt. Die Kommunionkinder von Niederberg, welche nun am Montag von einem benachbarten Geistlichen zum Abendmahl geführt wurden, wollten am Nachmittage ihren Pastor im Gefängnis besuchen, was denselben aber nicht gestattet wurde. — In die Niederberger Affäre ist nun auch der Pfarrer und bishöfliche Delegat Pieck in Ehrenbreitstein verwickelt; derselbe ist beschuldigt, nach dem Tod des früheren Pastors von Niederberg die dortige Pfarrei einer Zeitlang verwaltet zu haben, ohne die betreffende Anzeige beim Oberpräsidenten gemacht zu haben. Am 15. d. stand am Kreisgericht zu Neuwied in dieser Sache Termin an, und lautete der Strafantrag des öffentlichen Ministeriums auf Geldstrafe von

Dresden, 17. April. [Preßprozeß.] Dem Amtsblatte des hiesigen königl. Bezirksgerichts, dem „Dr. Anz.“, entnehmen wir folgende Mittheilung: In der Privatanklageache des königl. sächs. Haussministeriums, Vertreter Herr Adv. Dr. Stein I., gegen die Redakteure des „Dresdner Volksboten“, Otto-Walster und Klemp, wegen Abdrucks eines, verleidenden Beleidigungen des feierlichen Königs Joann enthaltenen Artikels, ist Herr Klemp mit dem höchstgefechtlichen Strafmaß von 6 Monaten Gefängnis belegt und Herr Otto-Walster unter der Voraussetzung der Leistung eines Reinigungssedes, dagehend, daß er bei der Aufnahme des Artikels in den „Dresdner Volksboten“ und bei den an letzterem vorgenommenen Änderungen sich nicht beteiligt habe, freigesprochen worden.

Negensburg, 15. April. [Ein Peterspfennig.] Man schreibt dem „K. f. N.“: Wie verlautet, soll die Frau Erbprinzessin Helene von Thurn und Taxis dem Papste eine Cassette, gefüllt mit Napoleon's dor, überbracht haben. Man schätzt die Geldspende auf 100,000 Fl. Da sich das fürstliche Haus einer Jahresrente von 3½ Millionen zu erfreuen hat, so kann die Vermünderin des jungen Fürsten eine solche Summe wohl hingeben. Der Papst wird gewiß auch für die Beamtinnen-Witwen beten, daß sie wenigstens im Fenseits bessere Plätze erhalten, als diefeits ihre Männer hatten, denn eine Bulage werden sie schwerlich mehr erleben.

Wien, 19. April. Bekanntlich hatte der Papst sich direkt in einem Schreiben an den Kaiser gewandt, um gegen die neuen konfessionellen Gesetze zu protestieren. Die Antwort, welche hierauf Kaiser Franz Joseph erhielt, lautete einer dem Wiener „Volksfreund“ aus Rom zugegangenen Mittheilung zufolge „wirklich mild und liebevoll“. „Zwar gesteht“, so heißt es in der betreffenden Korrespondenz weiter, „Se. Majestät, daß er die konfessionellen Gesetze anerkennen muß, weil es der ausgesprochene Wille des Parlamentes sei, er fügt aber diesen Worten Zusicherungen hinzu, welche die Bitterkeit des Ereignisses mildern.“ Auf Se. Heiligkeit machte der Brief einen mildernden und günstigen Eindruck.“ Aus dem eben Angegebenen folgt, daß der kirchliche Streit, welcher der konfessionellen Gesetze halber in Aussicht stand, für Österreich so gut wie beigelegt ist. Wenn sich aber der Clerus der entschiedenen Opposition begiebt, so rechnet er andererseits auf ein Entgegenkommen. Da nun, wie schon mehrfach ausgeführt ist, der Schwerpunkt für die kirchliche Politik Österreichs nicht in den Gesetzen an sich liegt, da diese der Regierung freie Hand lassen, sondern allein in einer bestimmten Executive, so erscheint die gesamte gesetzgeberische Tätigkeit, welche der österreichische Reichsrath in letzter Zeit bezüglich Regelung der kirchlichen Verhältnisse entwickelt, mehr oder weniger ein Schlag ins Wasser.

London, 17. April. Sir Stafford Northcote hat gestern Abend dem Scharbliefe Disraeli's, der ihn als Finanzminister auseckten, alle Ehre gemacht. Mit seiner Budgetredere, obwohl sie drithalb Stunden währt, erzielte er einen unklugbaren Erfolg. Alle Welt wußte zwar, daß der vorzulegende Etat von der früheren Regierung ausgearbeitet und von ihrer Nachfolgerin nur unter nebensächlichen Modifikationen angenommen worden war, hierfür trug der konservative Schatzkanzler seinen Dank in Gestalt von hohen Lobsprüchen ab, die er dem liberalen Exprimier, als dem angeblich größten Finanzmann seiner Zeit, wollte. Es konnte hierbei nicht überraschen, daß Northcote, der im Grunde ebenso gut auf dem rechten Flügel der Whigs wie auf dem linken der Tories stehen könnte, sich nebenbei zu den finanzwissenschaftlichen Prinzipien befamte, welche bisher für das besondere Eigenthum der liberalen Partei gehalten worden sind. Tief einschneidende Umwandlungen konnte Northcote in der erst kurzen Lebenszeit des neuen Ministeriums nicht vorbereiten. Doch stand noch in den letzten Tagen einige Veränderungen vorgenommen worden. Es bestand die Absicht, die Einkommensteuer um zwei Pence herabzusetzen und die „drei C“ (Caffee, Cacao und Chiorie) von der bestehenden Steuer zu befreien. Zuletzt sind jedoch die „drei C“ aufgegeben, die volle Befreiung des Zuckers beschlossen und die Ermäßigung der Einkommensteuer auf einen Penny vermindert worden. Großartig war die Wirkung seiner Mittheilung, daß der Überschuss nicht fünf Millionen, wie Gladstone prophezeit hatte, noch weniger drei bis vier Millionen, wie in den Zeitungen neuerdings behauptet worden, sondern ungefähr sechs Millionen beträgt. Die Kritik, welche das Budget noch an demselben Abend im Unterhaus erfuhr, und der laute Beifall, der dem konservativen Minister von den liberalen Bänken entgegenscholl, bewiesen, daß die Aufnahme eine sehr günstige war.

(Köln. Sta.)

## Vermischtes.

\*Kellerwechselfabrikation. Die „R. Berl. Börz.“ schreibt aus Berlin: Wie das Heer von Altien, das plötzlich die Räßen vieler Bankiers füllte und reelle Werthe verdrängte, so wuchert im Geschäftsbüro den Gipflanzen und dem Unkraut gleich immer mehr überhand nehmend der „Kellerwechsel“, der zuerst angefaßt, als „Notthebele“ später aber als „unentheblich, ja nothwendig für den Geschäftsbetrieb“ einem „Mann“ zur Seite stehen muß. Der Handelsstand muß es tief beklagen, daß dem so ist, darf es aber nicht länger stillschweigend dulden, daß dieser schändliche und schädliche „Industriezweig“ weiter gefördert werde; denn selbst erste Geldinstitute werben auf diese Weise mit „Bischen“ überschwemmt, die von Hause aus jeder soliden Basis entbehren und in Zeiten einer Krisis dem Nationalwohlstand einen unangeborenen Schlag versetzen können. — Sehen wir uns einmal die Fabrikation solcher Wechsel etwas genauer an, so finden wir in Berlin das „berichtigte Kellerwechselfabrikations-Institut“ von Martin Seligmann in der Neanderstraße, als eine der Hauptvertreter dieses Industriezweiges. Er, der wie seine Familie von der Provinz Posen aus hier eingewandert ist, hat durch seine „Industrie“ sich hier bereits diverse Häuser verschafft. — Heruntergekommenen Subjekte, als Handlungsdienner, Künstler, Studenten und Handwerker, von denen als erste Legitimation dienen muß, daß sie mit Bairisch Bier und Weißbier bereits im Kampfe liegen, und treu nur zur Fahne „Glocke“-, „Abyth“ und „Rum“ halten, — die also bereits so weit heruntergekommen sind, daß der Aufenthalt in „Destillationen“ und „Pennens“, ihnen zur zweiten Natur geworden, — diese Subjekte werden von S. als Agenten benutzt und schleppen ihm aus diesen Höhlen des Lasters, die „Sonnen- und Pembrüder“ herbei, um als Akzeptanten, Aussteller oder Giranten“ benutzt zu werden. — Motorisch laufen auf Leute, die seit Jahr und Tag bei Mutter „Grün“ im Sommer, im „Ahl“ oder Gewahrsam für „Obdachlose“ im Winter wohnen, Wechsel in Höhe von „Tausenden und Abertausenden“. Bringt der „Agent“ Herrn S. einen solchen „Strudel“ an, wird derselbe je nach Handchrift, wenn dieselbe schön, als Akzeptant, im andern Falle nur als Aussteller oder Girant benutzt, nachdem der „Obdachlose“ vorher polizeilich bei irgend einer „Wittwe“ — als „Kaufmann oder Fabrikant“ etc. — angemeldet worden ist, die Herr S. „reichlich“ zu Diensten hat. Für ca. 25 Blanks-Akzpte zahlt Herr S. seinen Opfern als dann die bei ihm übliche Taxe von „2 Thaler“ aus. Aussteller und Giranten werden nicht so „hoch“ salarirt. — Diese Wechsel selbst gehen nun in die Welt, sie werden zu enormen Summen, — in die Millio-

nen, — benutzt und hauptsächlich von Fabrikanten und Kaufleuten aus den Provinzen und fremden Staaten in Zeiten der Leipziger, Frankfurter und Braunschweiger Messe zu ganz enormen Beträgen in Umlauf gelegt. Die „Wollmarkts-Perioden“ werden brav benutzt, dem Gutsbesitzer für seine Wollen solche „Bische“ in die Hände zu spielen. Gemeinhin tragen diese Wechsel sämmtlich „Domizile und Notbadressen“ auf unsere ersten Banquiers, aber das „Papier ist ja gesetzlich“, es läßt sich viel darauf schreiben, doch diese Manipulation macht das „Papier“ feiner und dem Verkäufer ohne Misstrauen zu erwecken und Anfragen zu veranlassen, zugänglicher. — So lange die Häuser, die von diesem „Gewaltmittel“ Gebrauch machen können, decken sie diese Wechsel am Verkaufstage auch, aber kommt der „Strudel“, wie betrogen sind dann die Banken und Kaufleute mit all den „Giranten“, den feinen „Akzeptanten“ und „Ausstellern“ dieser „Papiere“, sie sind alsdann nicht einmal aufzufinden. Ein gewisser Carl Julius Dittmann etablirte ebenfalls hier eine „Kellerwechsel-Fabrication“, konnte jedoch S. Concurrenz nicht auf vertragen, auch möchte ihm hier zu „helfen“ geworden sein und er ging nach England, von dort aus aber „florirt“ sein Geschäft „brillant“ und der deutsche Markt wird mit englischen „Papieren“ überdeckmt, die den eben geschilderten deutschen „Kellerwechseln“ wie ein Ei dem Andern ähnlich sehen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Bremen.

## Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen

Bayonne, 20. April. Eine Karlistendepesche meldet: Don Carlos konstituierte am 16. April seine Regierung, ernannte Elio zum Kriegsminister, den Admiral Binal zum Minister des Auswärtigen, den Graf Binal zum Minister des Innern und der Finanzen. Eine Schlacht mit den Regierungstruppen wird unmittelbar erwartet.

## Gewinn-Liste der 4. Klasse 149. k. preuß. Klassen-Lotterie

(Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 20. April. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

3 (500) 57 273 (100) 85 368 79 92 93 429 73 86 604 14 96  
796 931. 1162 84 200 (100) 53 64 (500) 300 28 58 98 407 573 96  
618 25 824 27 45 (100) 70 79 84 (2000) 995. 2044 164 69 80 94 (500)  
222 (100) 41 50 (200) 61 408 (1000) 52 (100) 533 704 45 (40,000)  
835 53 87 98 903 4 77. 3018 (500) 41 45 (1000) 118 33 94 212 18  
95 315 60 462 79 517 632 54 771 801 2 84 952 64 77. 4030 (1000)  
38 63 158 232 62 75 359 (1000) 481 87 512 (100) 20 634 68 77  
78 96 703 51 90 97 819 78 971 73 (200) 94. 5038 64 173 295 (100)  
404 (200) 501 (10,000) 16 63 68 691 826 88 984. 6055 234 365  
478 517 63 (100) 608 37 76 77 706 38 (500) 823 85 925 29. 7037  
53 66 (100) 155 88 233 307 20 25 33 91 442 569 610 (200) 15 28  
34 798 874 904 58. 8053 144 58 227 57 98 398 404 73 567  
644 (200) 49 786 87 820 (200) 36 949 93. 9031 59 197 300 51 70  
92 432 93 547 56 659 81 84 (1000) 709 (100) 35 971.  
10010 28 (100) 66 208 14 36 (100) 321 419 33 75 (200) 92 518 40  
(100) 93 657 68 725 28 29 (100) 51 95 (100) 832 99 (100) 903 525 64  
77. 11049 (1000) 59 71 (100) 193 98 217 43 66 81 304 33 561 67  
73 (100) 75 658 (100) 864 962 93 (100). 12046 97 104 46 271 78  
399 (1000) 424 26 526 31 49 (2000) 75 93 704 15 84 815 72 900  
21. 13054 109 (100) 283 94 381 401 15 54 610 50 (100) 839 52  
65 79 (100) 99 941. 14011 16 63 93 141 54 (100) 90 (500) 283 85  
(200) 303 79 427 520 75 665 711 90 803 (100) 905 13 17 23 53  
(1000) 83. 15095 135 54 (100) 213 (500) 461 (200) 604 14 59  
(2000) 815 19 36 985 91. 16011 462 74 0 (100) 544 706 823  
(200) 35 83 946 69 73. 17008 17 40 166 211 50 62 310 28 52 93  
466 508 (200) 18 86 630 33 35 44 73 702. 18136 95 221 73 (500)  
511 23 814 91 921 33 85 (100). 19002 6 (200) 54 63 89 97 154 70  
92 251 64 79 (100) 82 337 53 454 607 32 (200) 78 81 89 95 733  
40 53 848 915 22 69.  
20008 29 77 116 23 251 86 371 96 530 632 (1000) 72 73  
704 39 48 53 79 95 845 67 72 77. 21061 62 67 186 222 52 78 88  
313 18 28 (200) 32 470 54 44 71 (100) 77 84 609 32 49 790 800  
(1000) 11 28 92 (200) 95 (1000). 22008 32 56 (100) 77 88 160 250  
89 366 492 534 46 50 (1000) 635 71 (100) 84 87 790 809 20 48  
910 42 50 67. 23021 30 (1000) 132 (200) 34 46 (100) 70 245 74  
301 12 15 410 73 86 694 710 21 40 808 40 48 980 87. 24101  
243 99 414 530 83 (500) 343 36 77 98 731 43 85 (100) 826 28  
947 63. 25033 40 79 89 163 97 282 87 353 (100) 89 543 612  
737 (200) 824 946. 26005 73 157 65 438 39 87 577 601  
84 739 73 85 (1000) 875 942. 27019 30 80 (500) 409 58 245 75  
326 96 97 (100) 400 29 517 57 606 94 932. 28146 89 514 22 24  
31 47 52 84 619 22 91 96 (100) 717 (100) 48 (100) 852 55 69 (100)  
72 965. 29011 17 27 195 (100) 252 430 49 617 715 25 803 30  
79 81 933 (1000).

30070 76 134 48 219 42 86 329 (100) 57 59 74 (200) 477  
(200) 507 42 47 77 601 724 26 50 71 78 843 940 81. 31068  
(200) 70 135 221 (100) 56 85 385 421 34 559 652 (100) 735  
48 58 904. 32087 110 83 91 94 211 27 44 64 339 59 61 67 79  
461 505 10 (100) 40 (2000) 600 45 (100) 720 (1000) 67 74 800  
(100) 7 33 (500) 54 56 941 (100) 46 56 69. 33015 (1000) 67 117  
(200) 87 249 330 39 (100) 89 443 64 596 679 95 99 (100) 772  
851 80 86 (500) 96. 34059 122 (200) 258 67 390 (500) 423 521  
85 601 49 63 (100) 729 78 99 873 910 58 (200). 35342 (1000)  
68 77 (500) 402 29 31 534 39 (200) 43 61 611 41 (100) 789 835  
39 (1000) 57 68 901 34 (200) 86. 36046 (100) 57 154 55 63 83  
233 72 93 334 596 619 77 (100) 803 49 (200) 72 916 23 (100) 39  
82 95. 37002 48 66 83 208 66 (100) 317 47 54 420 73 (1000) 87  
532 88 608 716 (1000) 49 68 88 878 910 17 54. 38011 60 96  
110 236 63 349 462 66 574 649 72 95 706 63 832 57 84 93  
910 28 (100) 76 78 91. 39015 42 139 50 51 52 63 94 274 77 316  
71 86 445 75 94 530 656 81 705 24 30 88 806 10 (500) 62 911  
15 74 75.

40,022 343 455 81 92 504 642 88 709 25 94 829 (100) 75  
95 901 31. 41,017 113 51 290 303 58 (100) 97 412 518 72 92  
694 736 74 83 822 48 978 91 (100). 42 032 56 74 (500) 84 119  
(100) 40 95 225 31 56 (500) 331 43 48 (100) 87 (100) 408 (100) 65  
87 647 62 747 (100) 821 55 913 25 40 (500) 46 52 (500) 63 64 87.  
43,038 78 (100) 112 44 (500) 47 279 369 413 43 99 617 29 63 97  
739 (100) 861 86. 44,063 99 122 (100) 30 31 264 96 (1000) 304  
67 78 99 442 48 (100) 54 524 704 6 806 14 (500) 17 25 917 31  
(200) 45 (1000). 45,170 87 98 (200) 208 21 75 76 310 (100) 54  
536 (100) 58 685 705 802 923. 46,042 63 135 (1000) 331 (100)  
51 65 (100) 78 421 88 614 734 79 92 804 17 65 904. 47,007 9  
34 74 194 (100) 208 52 375 92 (100) 408 521 (1000) 91 663 75  
86 (500) 963 (1000). 48,001 8 70 80 90 (100) 101 54 290 308 50  
55 416 (1000) 39 505 25 607 51 82 733 80 803 (500) 14 (1000)  
55 416 (1000) 39 505 25 607 51 82 733 80 803 (500) 14 (1000)  
8

